

# Roman Sehling **U.S. Midterm Elections 2006**

## **Einwanderungs- und Energiepolitik als innenpolitische Themen im Wahlkampf**

**Lange sah es so aus, als ob die Einwanderungs- und Energiepolitik die Hauptthemen des Wahlkampfs zu den anstehenden Zwischenwahlen in den USA bilden würden. Doch die jüngsten Entwicklungen im sicherheitspolitischen Bereich, etwa die verhinderten Bombenattentate vom August, haben der Frage des Kampfs gegen den Terror erneut Priorität verliehen und somit auch das Irak-Engagement der Amerikaner wieder zum Diskussionsgegenstand gemacht. Dennoch haben die Themen Energie und Einwanderung ihre Aktualität nicht verloren. Das Eingeständnis Präsident Bushs, das Land sei inzwischen von ausländischen Ölimporten abhängig, berührt die Nation durchaus, und auch die Option eines verbesserten Grenzschutzes sowie, damit verbunden, die Frage der Integration illegal in den USA lebender Ausländer wird landesweit vehement diskutiert. Handlungsdruck liegt vor allem auf den Republikanern, die in Washington derzeit auf allen Ebenen die Mehrheit halten und somit den Demokraten mitnichten Blockadehaltung vorwerfen bzw. sie für das Scheitern ihrer Politik verantwortlich machen können. Ihre Aufgabe ist es nun, die eigene interne Spaltung in der Immigrationsfrage zu überwinden und schlüssige einwanderungspolitische Konzepte vorzulegen, aber auch, die Irakpolitik der Regierung Bush neu zu begründen und glaubhaft als unverzichtbaren Teil der Washingtoner Anti-Terror-Strategie darzustellen.**

### ■ **Executive Summary**

Earlier this year, it appeared that both immigration and energy policy would become key topics in the 2006 U.S. midterm elections. However, recent developments in the national security realm are likely to relegate both topics at least temporarily to secondary importance to U.S. voters. With Iraq already on the forefront of issues for large segments of the U.S. electorate, the attempted terrorist attacks uncovered in early August are likely to refocus the attention of the American public toward the terrorist threat again. Given the traditional advantage of the Republican Party in the national security realm – polls have consistently shown that voters tended to trust Republican candidates more with the defense and security of their country than their Democratic counterparts – the Republican Party is likely to take up this issue more actively as well.<sup>1)</sup>

However, given these developments and the fifth anniversary of the attacks of September 11<sup>th</sup>, Republicans may also overcome their internal divisions on current immigration proposals to draft legislation that would address both calls for improved border security as well as offer a realistic solution that would incorporate illegal immigrants already within the United States. Similarly, we can expect that President Bush's energy policy proposals would receive further attention, as they can be easily associated not only with a stronger and more competitive economy, but

also the appearance of greater energy independence and hence national security.

With Republicans in control of both Congress and the White House, and having brought both topics to national prominence earlier this year, it will be hard for them not to act on immigration issues in particular and present concrete accomplishments before the midterm elections in November 2006. While many commentators have started to predict at least a partial Democratic victory in November, the following months still contain many opportunities for Republican candidates to distance themselves from unpopular policies of the Bush administration and associate themselves actively with a push for increased homeland security and energy independence.

However, it remains to be seen whether Republicans will manage to connect the Iraq war effort with the larger war on terror in this election cycle again to credibly justify the country's costly engagement in Iraq and thus to continue to negate the Democrats a majority in Congress.<sup>2)</sup>

### ■ Zusammenfassung

Zu Anfang dieses Jahres schien es, als würden Einwanderungs- und Energiepolitik zu Kernthemen der diesjährigen Zwischenwahl in den Vereinigten Staaten werden. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Monate werden jedoch wahrscheinlich zu einer Neuorientierung des Wahlkampfes führen, wobei sowohl Einwanderungs- als auch Energiepolitik zunächst zu sekundären Themen für den amerikanischen Wähler werden dürften. Die Irak-Politik der jetzigen Regierung ist bereits zunehmend in den Vordergrund des Wahlkampfes getreten – ein Trend, der sich mit den verhinderten Bombenanschlägen vom August fortsetzen wird. Daher wird es wahrscheinlich auch in diesem Wahlkampf hauptsächlich um das Kernthema Nationale Sicherheit und Terrorismusbekämpfung gehen. Die Republikanische Partei hat traditionell einen ausgeprägten Vorteil auf diesem Gebiet, eigentlich einer ihrer Domänen, da amerikanische Wähler im Allgemeinen Republikanischen Kandidaten in Fragen Nationaler Sicherheit und Verteidigung mehr vertrauen als den Demokratischen Abgeordneten. Insofern ist es aber auch anzunehmen, dass auf Grund dieser Entwicklungen und

1) Für tägliche Berichterstattung zu den amerikanischen Zwischenwahlen s. den Blog der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington, DC unter <http://kasusa.squarespace.com>.

2) Joseph Curl, „Midterm battle looms over security.“ *Washington Times*, August 16, 2006.

mit Blick auf den fünften Jahrestag der Terroranschläge des 11. September die Republikaner ihre internen Meinungsverschiedenheiten insbesondere zur Einwanderungspolitik ausgleichen, um Gesetze einzubringen, die sowohl den Grenzschutz verbessern als auch eine realistische Lösung für das Problem von Millionen illegaler Einwanderer bieten sollen. Mit einer Republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses und einem Republikaner im Weißen Haus können – besser gesagt müssen – sich die Republikanischen Kandidaten mit handfesten Ergebnissen auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik profilieren, insbesondere, weil sie maßgeblich daran beteiligt waren, vor allem das Thema Grenzschutz in diesem Jahr in den Vordergrund zu stellen.

Auch wenn einige Kommentatoren den Demokraten im November bereits einen Teilsieg in Aussicht stellen, so verbleiben den Republikanern noch genug öffentlichkeitswirksame Gelegenheiten, um sich von unpopulären Beschlüssen der Bush-Regierung zu distanzieren und sich stattdessen sowohl dem Heimatschutz als auch der Energieunabhängigkeit mit neuen Gesetzesvorschlägen zuzuwenden.

Ob es die Republikaner daneben noch schaffen, auch in diesem Wahlkampf die Version einer direkten Verbindung zwischen dem Irakkrieg und der Terrorbekämpfung aufrecht zu erhalten oder gar neu zu definieren, ihr Irak-Engagement somit glaubhaft zu rechtfertigen und den Demokraten damit auch weiterhin eine Mehrheit im Kongress streitig zu machen, wird nur die Zukunft zeigen.

### ■ Einwanderungspolitik unter der Bush-Regierung<sup>3)</sup>

3) Für einen umfangreicheren Einblick in die Einwanderungspolitik der Bush-Regierung empfiehlt sich Ursula Carpenter, „Einwanderungspolitik in den USA“, Think Tank Update, Mai/Juni 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, DC, sowie Andorra Bruno, „Immigration Legislation and Issues in the 109th Congress“, Congressional Research Service Report RL33125, June 9, 2006, für eine ausführliche Auflistung aller Gesetzesvorschläge zur Einwanderungspolitik des 109. Kongresses.

Präsident George W. Bush hatte sich bereits früh in seiner ersten Legislaturperiode mit der Einwanderungspolitik befasst und forderte schon im Februar 2001 „ein geordnetes Rahmenwerk für Migration, das Mitmenschlichkeit, Rechtssicherheit und würdige Arbeitsbedingungen“ schaffen sollte.

Kernpunkte seines Programmes waren einerseits ein verbesserter Grenzschutz, der hauptsächlich durch eine größere Anzahl von Grenzschutzbeamten, bessere technische Ausrüstung und den temporären Einsatz der Nationalgarde erreicht werden sollte, aber auch durch den Abbau bürokratischer Hinder-

nisse bei der Rückführung illegaler Einwanderer sowie die Beendigung der so genannten *catch and release*-Praxis und Einrichtung zusätzlicher Arrestzellen.<sup>4)</sup>

Der zweite Kernpunkt sah die Einführung eines *temporary worker program* vor, das es ausländischen Arbeitskräften erlauben würde, legal und befristet in den Vereinigten Staaten zu arbeiten. Interessierte Arbeitgeber sollten mit potenziellen Arbeitnehmern zusammengebracht werden, wobei hauptsächlich Arbeitsstellen angeboten werden sollten, für die nicht genügend US-Amerikaner zur Verfügung stünden. Auf diese Art und Weise würde nicht nur der illegale Menschenschmuggel unterbunden, sondern auch die durch Einwanderer ansteigenden Kosten auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene würden sich amortisieren, da die legalen Gastarbeiter ja auch Steuern zahlten.

Ein wichtiger Aspekt des Gastarbeiterprogrammes wäre zudem die polizeiliche Überprüfung von potenziellen Arbeitgebern und deren rechtliche Verpflichtung, nur legale Arbeitnehmer einzustellen. Um dies zu gewährleisten, sollte ein fälschungssicherer Personalausweis eingeführt werden. Illegale Einstellungen sollten Sanktionen für die Arbeitgeber nach sich ziehen.

Zur Rechenschaft gezogen werden sollen aber auch die sich momentan in den USA befindlichen illegalen Arbeitnehmer. Präsident Bush sprach sich konkret gegen Amnestiebemühungen für die auf zwölf bis 20 Millionen geschätzten illegalen Einwanderer aus. Jedoch sollte es Immigranten, die sich bereits mehrere Jahre in den USA aufhielten und sich anderweitig „nichts zu Schulde hätten kommen lassen“, möglich sein, sich um eine Arbeitserlaubnis und spätere Staatsbürgerschaft zu bewerben – nachdem sie eine hohe Geldstrafe wegen ihrer Straftat entrichtet und ihre Steuern beglichen hätten, sowie einige Jahre fest angestellt waren und englische Sprachkenntnisse vorweisen könnten.<sup>5)</sup>

Auch wenn die ersten Reformvorstöße des US-Präsidenten von Anfang an unter der Flagge des Heimatschutzes und der Grenzsicherheit vorangetrieben wurden, so liegt dem Programm doch eine umsichtige Analyse der wirtschaftlichen wie auch der längerfristigen politischen Realitäten zugrunde.

4) Bis 2008 sollen zusätzlich 6000 Grenzschutzbeamte an die mexikanische Grenze entsandt werden. Bis alle neuen Grenzbeamten eingestellt worden sind, sollen in Zusammenarbeit mit den Gouverneuren der an Mexiko grenzenden Bundesstaaten 6000 Nationalgardisten die Grenze sichern.

5) Neue Antragssteller würden allerdings nicht gegenüber regulären Bewerbungen bevorzugt werden.

Zwar bekennt sich Präsident Bush öffentlichkeitswirksam zur „großen amerikanischen Tradition des Schmelztiegels“ mit ihrem Ideal der Integration und der gemeinsamen amerikanischen Identität, doch sollte nicht vergessen werden, dass weite Teile der verarbeitenden Industrie und des Bau-, Freizeit- und Gastronomiesektors nicht daran interessiert sind, abrupt ihre geringbezahlten Angestellten zu verlieren.

Andererseits dürften sowohl jetzige als auch künftige US-amerikanische Staatsbürger lateinamerikanischer Herkunft nicht vergessen, unter welchem Präsidenten eine einwanderungsfreundliche Gesetzgebung verabschiedet wurde. Dass dieser Teil der Bevölkerung die am schnellste wachsende Minderheit in den USA ist, macht die Einwanderungspolitik auf lange Sicht wahlstrategisch immer bedeutender.

### ■ Republikanische Grabenkämpfe

Die vom republikanisch dominierten Repräsentantenhaus am 16. Dezember 2005 verabschiedete Gesetzesvorlage zur Einwanderungsreform widersprach in weiten Teilen jedoch den von Präsident Bush gewünschten Kernelementen. Obwohl sein Interesse an einem verbessertem Grenzschutz nicht nur geteilt, sondern letzterer massiv ausgeweitet wurde, wollte eine Mehrheit der republikanischen Abgeordneten sein Gastarbeiterprogramm nicht befürworten. Als dann am 25. Mai dieses Jahres der ebenfalls von den Republikanern kontrollierte Senat eine Gesetzesvorlage verabschiedete, die ein Gastarbeiterprogramm sowie die Möglichkeit einer zukünftigen Staatsbürgerschaft für langjährige illegale Einwanderer beinhaltete und damit der Vorlage des Repräsentantenhauses diametral entgegengesetzt war, glaubten die meisten Beobachter, dass die Einwanderungsreform in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu Stande kommen werde.<sup>6)</sup>

Die als „Sensenbrenner-Bill“ bekannte Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses (H.R. 4437) erwähnt das von Präsident Bush befürwortete Gastarbeiterprogramm mit keinem Wort. Stattdessen wurde illegale Einwanderung zum Verbrechen erklärt, womit jeder, der dabei Hilfe leistete, sich ebenfalls strafbar mache. Damit würde jegliche Chance auf eine Integration der sich bereits länger im Lande befindenden Einwanderer unterbunden.

6) Frank Rich, „How Hispanics Became the New Gays“, in: *New York Times*, 11. Juni 2006.

Das eigentliche Hauptanliegen der republikanischen Abgeordneten war allerdings die Grenzsicherung. Ihre Vorlage beinhaltete unter anderem die Errichtung eines 1100 Kilometer langen Grenzzauns sowie die Rekrutierung von weiteren Grenzschutzbeamten. Um die Einstellung von illegalen Einwanderern zu unterbinden, befürworteten die republikanischen Abgeordneten ebenfalls wie Präsident Bush die Einführung eines elektronischen Arbeitsberechtigungsprüfungssystems innerhalb der nächsten sechs Jahre, welches sich auf eine Sozialversicherungsnummerndatenbank stützen soll. Des Weiteren würden Arbeitgeber verstärkt zur Rechenschaft gezogen und die Geldstrafen für die Einstellung Illegaler von momentan 10 000 Dollar auf 40 000 Dollar erhöht, wobei Wiederholungstäter sogar mit Gefängnisstrafen von bis zu 30 Jahren rechnen müssten.

Die als „Hagel-Martinez-Kompromiss“ bekannte Gesetzesvorlage des Senats (S. 2611) war nach wochenlangen Verhandlungen gegen die Mehrheit der republikanischen Senatoren in überparteilicher Zusammenarbeit mit den Demokraten durchgesetzt worden. Die Senatsvorlage widerspricht der „Sensenbrenner-Bill“ insbesondere im Hinblick auf das Gastarbeiterprogramm, das Ausmaß der Strafbarkeit für humanitäre Hilfeleistungen an Illegale und hinsichtlich der möglichen Einbürgerung von längerfristigen illegalen Einwanderern. Vielmehr entspricht die Vorlage in diesen Punkten wie auch in ihrer Forderung nach einem größeren Kontingent von Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitssuchende in weiten Teilen den Vorschlägen von Präsident Bush. Andererseits wird auch den Forderungen des Republikanischen Repräsentantenhauses Genugtuung getan, so werden ein 560 Kilometer langer Grenzzaun, Fahrzeugabsperungen auf einer Länge von 800 Kilometern, zusätzliche Grenzschutzbeamte und die Abschiebung von straffällig gewordenen illegalen Einwanderern gefordert.

Obwohl noch keine offizielle Gesetzesvorlage, bietet ein Vorschlag des Abgeordneten Mike Pence und des Senators Kay Bailey Hutchison einen möglichen Kompromiss zwischen den beiden Gesetzesinitiativen. Der Vorschlag der beiden Republikaner würde zunächst die allseits geforderte Verstärkung des Grenzschutzes vorantreiben, jedoch in realisti-

scherer Größenordnung als von der „Sensenbrenner“-Vorlage gefordert. So würden innerhalb der nächsten zwei Jahre zusätzliche Grenzschutzbeamte entsandt, weitere Arrestzellen zur Verfügung gestellt sowie eine funktionierende Sozialversicherungsnummerndatenbank aufgebaut und fälschungssichere Personalausweise in Umlauf gebracht, um es Arbeitgebern zu ermöglichen, Arbeitsgenehmigungen elektronisch zu kontrollieren. Nachdem die Grenze auf diese Weise in ungefähr zwei Jahren glaubwürdig gesichert sein würde, soll der zweite Teil der Einwanderungsreform – das Gastarbeiterprogramm – beginnen. Die beiden Politiker hoffen, dass die illegalen Einwanderer kurzzeitig in ihre Heimatländer zurückkehren werden, um sich dort um ihre Arbeitserlaubnis zu bewerben. Die Möglichkeit, die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erwerben, würde dann den ehemals illegalen Einwanderern nicht verweigert werden – nach siebzehn Jahren in den USA würden sie sich für die Staatsbürgerschaft qualifizieren.<sup>7)</sup>

7) „Hope for immigration reform“, in: *Washington Post*, August 14, 2006, und Kirk Victor und Richard E. Cohen, „Not dead yet,“ *National Journal*, August 5, 2006.

### ■ Die Wähler selbst

Nach Angaben einer vergleichenden Studie des Pew Hispanic Center beurteilten die amerikanischen Wähler die Einwanderungsdebatte in mehreren Umfragen in einem Zeitraum vom 8. Februar bis 14. Mai größtenteils ausgeglichen und unverändert. Die wichtigste Veränderung in dieser Zeitspanne war einerseits das Anwachsen des Bevölkerungsanteils, der in der Einwanderung ein „großes Problem“ sah, und andererseits die Tatsache, dass dies insbesondere bei republikanischen Wählern der Fall war. Dieser zweite Trend hat sich in den darauf folgenden Wochen fortgesetzt, wie eine Umfrage von Diageo und Hotline vom 22. bis 25. Juni bestätigte. Nur republikanische Wähler hielten die Einwanderungsdebatte für ein wichtigeres Sommerthema für das Repräsentantenhaus und den Senat als den Irakkrieg. Weder Demokraten noch unabhängige Wähler schlossen sich dieser Meinung an, sondern gaben dem Irakkrieg konsequent eine höhere Priorität als der Einwanderungsproblematik.

Auf die Frage, welche konkrete Einwanderungspolitik durchgeführt werden solle, antworteten laut einer Gallup-Umfrage vom 5. bis 7. Mai 74 Prozent der Befragten, dass bessere Grenzsicherheit wichtig

bis sehr wichtig sei. 71 Prozent der potenziellen Wähler fanden auch, dass man sich mit den bereits im Lande befindlichen illegalen Einwanderern auseinandersetzen müsse, wobei 61 Prozent für eine Einbürgerung beziehungsweise 15 Prozent für eine Aufenthalts- sowie Arbeitsgenehmigung und nur 21 Prozent für eine Abschiebung waren. Unter den möglichen Kriterien für eine Einbürgerung votierten starke Mehrheiten für englische Sprachkenntnisse sowie eine Aufenthaltsdauer in den USA von fünf Jahren, und nur 57 Prozent sprachen sich für eine (Geld-)Strafe aus.

Vor dem Hintergrund dieser Umfrageergebnisse, die belegen, dass die Einwanderungspolitik auch weiterhin von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als wichtig bis sehr wichtig erachtet wird,<sup>8)</sup> ist zu erwarten, dass dieser Thematik in der nächsten Zeit wieder vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden wird. Obwohl den Juni-Umfragen zufolge ein ausgewogener Kompromiss zwischen den Gesetzesvorlagen durchaus möglich sein sollte, ist es aber eher wahrscheinlich, dass zukünftige Vorschläge weniger unter dem Aspekt der Integration der zwölf bis 20 Millionen illegalen Einwanderer vorangetrieben werden.<sup>9)</sup> Stattdessen kann man erwarten, dass eine Kompromisslösung im Sinne des Repräsentantenhauses durchgesetzt wird, die größeres Interesse daran haben wird, vor allem die Grenzen glaubhaft und öffentlichkeitswirksam zu sichern, auch wenn das langfristig und landesweit gesehen den Republikanern weniger helfen sollte.

Eine Reihe von Abgeordneten des Repräsentantenhauses wird sich mit einigem Bedenken zwischen der eigenen Wiederwahl und der Verteidigung der republikanischen Mehrheit im Kongress entscheiden müssen. Der republikanische Abgeordnete Brian Bilbray jedenfalls entschloss sich im Wahlkampf um den Sitz des wegen Korruptionsvorwürfen verurteilten republikanischen Abgeordneten Randy „Duke“ Cunningham, eine Anti-Ausländer-Kampagne zu betreiben, die ihm gegen seinen demokratischen Kontrahenten auch zum Wahlsieg verhalf. Im Bundesstaat Tennessee, wo es darum geht, den Sitz des nicht zur Wiederwahl antretenden republikanischen Senators Bill Frist zu verteidigen, vertreten die zur Vorwahl angetretenen drei republikanischen Kandidaten Posi-

8) Gallup/USA Today, Umfrage vom 23. bis 25 Juni 2006 – die Einwanderungspolitik wurde als sehr wichtig für 33 Prozent und als wichtig für 32 Prozent der Befragten eingestuft. Umfrage des Pew Research Center vom 14. bis 19. Juni 2006 – die Einwanderungspolitik war für 58 Prozent der Befragten sehr wichtig und für 29 Prozent etwas wichtig.

9) Sarah Lueck, „Plot adds fuel to Congress spat on immigration“, in: *Wall Street Journal*, August 12, 2006.



tionen, mit denen sie Einwanderungsgegner gezielt ansprechen. Ihr demokratischer Gegenkandidat Harold Ford Jr. hat, was die Einwanderungspolitik angeht, mittlerweile auch einen schärferen Kurs eingeschlagen.<sup>10)</sup>

Ob daher jetzt genug kompromissbereite republikanische Kongressmitglieder für eine Gesetzesinitiative zu gewinnen sind, die dann im November ihre lokale Parteibasis davon überzeugen müssten, dass es umsichtig war, illegalen Einwanderern den Weg zur Arbeitserlaubnis und späteren Staatsbürgerschaft zu ebnen, bleibt offen. Sicher ist nur, dass der Pence-Hutchison-Vorschlag momentan der am ehesten umsetzbare umfassende Reformvorschlag ist, einerseits würde die Grenze zuerst glaubhaft gesichert und andererseits erst danach eine realistische Lösung für die zwölf bis 20 Millionen illegalen Einwanderer geboten, die es ihnen ermöglichen würde, aus dem Schattendasein von Bürgern zweiter Klasse herauszutreten und integriert zu werden.

### ■ Energiepolitik unter der Bush-Regierung<sup>11)</sup>

Präsident Bush nutzte seine jährliche State of the Union-Ansprache vor dem Kongress am 31. Januar 2006, um bekanntzugeben, dass die Vereinigten Staaten „abhängig von Öl“ seien. Innerhalb der letzten zehn Jahre wäre der Anteil des importierten Öls in den USA von 25 Prozent auf 60 Prozent gestiegen. Einige der Öl exportierenden Länder ständen den Vereinigten Staaten jedoch wenig freundlich gegenüber. Insofern könnte die amerikanische Öl-Abhängigkeit die USA zur Geisel dieser Länder machen. Das Ziel seiner Advanced Energy Initiative sei es daher, die Abhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten bis zum Jahre 2025 um mehr als 75 Prozent zu senken.

Das von ihm vorgelegte Programm beinhaltete in erster Linie eine 22-prozentige Erhöhung des staatlichen Forschungsetats für saubere Energiequellen.<sup>12)</sup> Ein Schwerpunkt dieser Initiative war die Forcierung der Forschung an emissionslosen Kohlekraftwerkstechnologien, für welche in den nächsten zehn Jahren zwei Milliarden Dollar aufgewendet werden sollen. Höhere staatliche Forschungsausgaben wurden auch für die Solar- und Windenergie beschlossen, wobei jedoch deren Anteil am kommenden Staatshaushalt mit

10) Bob Moser, „White heat“, in: *Nation*, August 28/September 4, 2006, pp. 11–18.

11) Für einen umfassenderen Überblick der Energiepolitik der Bush-Regierung empfiehlt sich Katrin Jordan, „Neue Initiativen in der amerikanischen Energiepolitik – aber keine Neuorientierung“, SWP-Studie, Stiftung für Wissenschaft und Politik, August 2006. Für einen Vergleich der Reaktionen von amerikanischen politischen Kommentatoren empfiehlt sich Philip Rosin, „Neue energiepolitische Initiative des US-Präsidenten: Wende der amerikanischen Energiepolitik?“ *Think Tank Update*, März/April 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, DC.

12) President George W. Bush, „State of the Union Address“, White House Webseite, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2006/01/20060131-10.html>.

148 Millionen beziehungsweise 44 Millionen Dollar eher knapp gehalten wurde.

Der zweite Schwerpunkt der Energiepolitikinitiative umfasste die Entwicklung von neuen Fahrzeugtreibstoffen bzw. -motoren. Hier galt die Hauptaufmerksamkeit der Erschließung von einheimischen erneuerbaren Treibstoffalternativen auf der Basis von Äthanol, welches aus Biomasse gewonnen werden soll. Der Haushaltsvorschlag des Präsidenten sah für das Jahr 2007 eine Erhöhung um 59 Millionen auf insgesamt 159 Millionen Dollar für Forschungsvorhaben auf diesem Gebiet vor.

Staatliche Forschungsgelder für die bereits im Jahre 2003 begonnene Hydrogen Fuel Initiative sollen ebenfalls um 53 Millionen auf insgesamt 289 Millionen Dollar für das Jahr 2007 erhöht werden. Neben der Forschung an Motoren auf Wasserstoffzellenbasis wurde vom Präsidenten auch eine Erhöhung von Ausgaben für Hybridantriebe vorgeschlagen. Die Mittel für Forschungsprogramme, die sich mit solchen sowohl batterie- als auch brennstoffbetriebenen Motoren befassen, werden um 6,7 Millionen auf 30 Millionen Dollar im kommenden Haushaltsjahr erhöht.

Auch wenn Präsident Bush in seiner State of the Union-Ansprache den Wiedereinstieg in die Atomkraft nur kurz ansprach, kündigte er darauf folgend erneut die Errichtung neuer Kernkraftwerke bis zum Jahre 2010 an. Bereits 2002 begann er seine Nuclear Power 2010 Initiative, welche u.a. zum Ziel hatte, versicherungsspezifische Hindernisse bezüglich der Haftung im Falle eines Kernkraftwerksunfalls abzubauen.<sup>13)</sup> Ein weiterer Aspekt der Förderung der einheimischen Atomindustrie war die im Februar diesen Jahres angekündigte Global Nuclear Energy Partnership. Präsident Bushs Haushaltsplan sah ein Budget von 250 Millionen Dollar für den kommenden Haushalt vor, um einerseits an neuen Reaktortypen zu forschen, von denen eine geringere Gefahr der Verbreitung von kernwaffenwähigen Materialien ausgehen würde, und andererseits an der erneuten Aufnahme der Wiederaufbereitung von verbrauchten Kernbrennstoffen.<sup>14)</sup>

### ■ Think Tank-Kritik

Präsident Bushs Advanced Energy Initiative und die mit ihr verbundenen Haushaltsempfehlungen wur-

13) „President Bush's Radio Address focuses on Energy Issues," Department of Energy Webseite, February 18, 2006, <http://www.energy.gov/news/3222.htm> und „Fact Sheet: Promoting Energy Independence and Security," White House Webseite, April 27, 2005, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/04/20050427-9.html>.

14) „Global Nuclear Energy Partnership," Department of Energy – GNEP Website, February 11, 2006, <http://www.gnep.energy.gov/default.html>.

den alsbald sowohl von Umweltschutzorganisationen als auch von Think Tanks, die sich mit Aspekten der Nationalen Sicherheit befassen, kritisiert. Nach Meinung der Umweltschützer war die Initiative nicht wirklich darauf gerichtet, die Vereinigten Staaten innerhalb kürzester Zeit ölonabhängig zu machen. Man argumentierte, dass dieses Vorhaben günstiger und ökologisch unbedenklicher mit bestehenden Programmen umzusetzen wäre, deren Ziel es sei, Energie effizienter zu nutzen. Doch genau diesen Programmen kürzte Präsident Bushs Vorlage den Etat für das Haushaltsjahr 2007 um 18 Prozent.<sup>15)</sup>

15) „Legislative Fact Sheet: Habitual offender: President's budget continues persistent cuts for environmental protections,“ National Resources Defense Council Webseite, February 8, 2006.

16) „America's Energy Sources,“ Council on Foreign Relations Webseite, February 8, 2006, [http://www.cfr.org/publication/9801/americas\\_energy\\_sources.html](http://www.cfr.org/publication/9801/americas_energy_sources.html).

17) Salvatore Lazzari, „Energy tax policy: history and current issues“, *Congressional Research Service Report RL33578*, July 28, 2006.

Experten diverser Think Tanks kritisierten, dass zwar die Ölabhängigkeit der Vereinigten Staaten unter dem Aspekt der nationalen und energiewirtschaftlichen Sicherheit in der Tat Besorgnis erregend sei, die Vorschläge Präsident Bushs aber nur bedingt und langfristig Abhilfe schaffen würden. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass, auch wenn 40 Prozent des amerikanischen Energieverbrauchs mit Erdöl abgedeckt und dieses zu 60 Prozent importiert werde, davon nur knapp 20 Prozent aus dem Nahen Osten kämen.<sup>16)</sup>

Insofern ist das Ziel, bis zum Jahre 2025 die Ölimporte aus dem Nahen Osten um mehr als 75 Prozent zu verringern, einfacher zu erreichen als vermutet. Davon abgesehen, wird der Preis für ein Barrel Rohöl jedoch auch weiterhin vom Weltmarkt bestimmt, so dass es für die Wirtschaft weniger darauf ankommt, woher das Öl stammt, sondern dass es fließt. Größere Benzinpreisfluktuationen gab es im letzten Jahr in den Vereinigten Staaten nicht nur wegen außenpolitischer Entwicklungen, sondern weil sowohl Raffinerie- als auch Förderkapazitäten durch den Kathrina- und danach den Rita-Hurrikan zeitweise außer Betrieb gesetzt wurden.<sup>17)</sup>

## ■ Zustimmung im Kongress

Nichtsdestoweniger stimmten sowohl die Abgeordneten im Repräsentantenhaus als auch im Senat geschlossen für die meisten der Haushaltspläne Präsident Bushs im Rahmen seiner Advanced Energy Initiative. Das Repräsentantenhaus erhöhte sogar noch die Forschungsausgaben für saubere Kohletechnologien und moderne Nuklearreaktoren, reduzierte allerdings die Zuwendungen für die Global Nuclear

Energy Partnership von 250 auf 120 Millionen Dollar. Der Senat hingegen ließ diese Kürzungen relativ unberührt und erhöhte ebenfalls die Zuwendungen für Forschung an emissionslosen Kohletechnologien, erneuerbaren Treibstoffen wie Äthanol auf Biomassebasis sowie für Energiegewinnung aus Wasserkraft und geothermischen Prozessen für das kommende Haushaltsjahr.

Auf Grund der unterschiedlichen Gesetzesvorlagen in den beiden Häusern des Kongresses ist der Haushaltplan für Präsident Bushs Advanced Energy Initiative noch nicht beschlossen worden. Doch der generelle Trend in der Energiepolitik der Bush-Regierung hin zur Förderung von Zukunftstechnologien, die vor allem die Nutzung von Äthanol, Kohle und Atomkraft vorantreiben sollen, ist erkennbar.<sup>18)</sup>

Dies ist nicht überraschend. Auch wenn als offizielle Gründe für Präsident Bushs Energieinitiative Aspekte der nationalen und wirtschaftlichen Sicherheit genannt werden, muss sich der interessierte Beobachter bewusst sein, dass insbesondere das Thema Äthanolgewinnung, aber auch Kohleabbau für die Zwischenwahlen von Interesse sein dürften. Die größten Kohlereviere und Äthanolproduzenten befinden sich in den Staaten des Mittleren Westens und Westens der Vereinigten Staaten.<sup>19)</sup>

Diese Region hat in den letzten Jahren traditionell eher republikanische Kandidaten nach Washington und in ihre Landeshauptstädte geschickt. Inzwischen gibt es jedoch eine Reihe von heiß umkämpften Gouverneursposten sowie Sitzen im Repräsentantenhaus und im Senat, die hier vergeben werden, die es sowohl Republikanern als auch Demokraten ratsam erscheinen lässt, eine äthanolfreundliche Gesetzgebung zu veranlassen, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung im ganzen Land an anderen Energiequellen stärker interessiert ist. So ergab eine Umfrage des Pew Research Center vom 1. bis 5. Februar diesen Jahres, dass 85 Prozent der Befragten der Aussage Präsident Bushs zur Ölabhängigkeit der USA zustimmten, wobei 82 Prozent von ihnen staatliche Forschungsausgaben für Wind-, Solar- und Wasserkraftenergie befürworteten und nur 67 Prozent Ethanol als Ziel staatlicher Zuwendungen bevorzugten.

Angesichts scheinbar stetig steigender Benzinpreise musste die Bush-Regierung zumindest rheto-

18) Daniel Whitten, „Except fir GNEP, House fully funds president's newest energy initiatives“, in: *Inside Energy*, May 29, 2006 und „Senate appropriators reinstate hydro, geothermal programs.“ *Energy Washington Week*, July 5, 2006.

19) Hauptproduzenten von Äthanol sind Iowa, Illinois, Minnesota, Nebraska, South Dakota, Wisconsin, Kansas, Indiana, Missouri, Tennessee, Michigan, North Dakota, New Mexico, Texas, Kentucky, California, Wyoming, Ohio, Colorado und Washington.

risch reagieren, um den öffentlichen Druck von ihren (zur Wiederwahl anstehenden) republikanischen Repräsentanten und Senatoren zu nehmen. Während des letzten Jahres wuchs der Unmut in der Bevölkerung, die den Umfragen zufolge der Auffassung war, dass Präsident Bush zwar in der Lage sei, die Situation zu verbessern, jedoch nicht genug dafür tue. Laut einer Umfrage von *ABC News* und *Washington Post*, die vom 11. bis 15. Mai durchgeführt wurde, waren 62 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Präsident Bush etwas gegen die Benzinpreiserhöhungen machen könne und nur 35 Prozent glaubten, dass diese nicht kontrollierbar seien. Eine *CBS News*-Umfrage vom 28. bis 30. April fand heraus, dass 83 Prozent der Befragten der Auffassung waren, dass der Präsident etwas tun müsse, um Abhilfe zu schaffen, wobei 81 Prozent glaubten, dass er mehr tun könne.

Vor diesem Hintergrund war es wahlstrategisch vorausschauend, dass Präsident Bushs Advanced Energy Initiative ihr Hauptaugenmerk einerseits auf erneuerbare Energiequellen richtete und andererseits diese Politik unter dem Motto der Energiesicherheit bzw. Energieunabhängigkeit der Öffentlichkeit präsentierte. Eine gemeinsame Umfrage der den Demokraten nahestehenden Lake Research Group und der den Republikanern nahestehenden Tarrance Group ergab, dass ein anderweitig nicht näher definierter Kandidat, der Energieunabhängigkeit und staatliche Investitionen in erneuerbare und umweltverträgliche Energie befürwortet, von 28 Prozent der Befragten als „äußerst überzeugend“ und von 30 Prozent als „sehr überzeugend“ eingeschätzt wurde. Zum Zeitpunkt dieser Umfrage, die zwischen dem 27. April und 1. Mai dieses Jahres stattfand, hatten Kandidaten mit solchen energiepolitischen Vorschlägen eine stärkere positive Resonanz unter den Befragten als Kandidaten, die einen sofortigen oder schrittweisen Abzug aus dem Irak forderten.<sup>20)</sup>

20) Ein Kandidat, der den sofortigen Abzug befürwortete, wurde von 29 Prozent der Befragten als „äußerst überzeugend“ und von elf Prozent als „sehr überzeugend“ eingeschätzt. Ein Kandidat, der einen schrittweisen Abzug befürwortete, wurde von 19 Prozent der Befragten als „äußerst überzeugend“ und von 22 Prozent als „sehr überzeugend“ eingeschätzt.

## ■ Ausblick

Anfang dieses Jahres schien es, als würden Einwanderungs- und Energiepolitik zu Kernthemen der diesjährigen Zwischenwahlen in den Vereinigten Staaten werden. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Monate werden jedoch höchstwahrscheinlich zu einer Neuorientierung des Wahl-

kampfes führen. Die Zwischenwahlen werden wieder verstärkt im Zeichen von nationaler Sicherheit und Terrorismusbekämpfung stehen. Dessen ungeachtet werden die Republikaner unter Druck stehen, auch bei den Themen Einwanderungs- und Energiepolitik handfeste Ergebnisse vorzuweisen.

Gerade weil sich die Aufmerksamkeit der Wähler noch hauptsächlich auf den Irakkrieg konzentriert, müssen die Republikaner ihre innenpolitischen Initiativen in Richtung Heimatschutz und Energieunabhängigkeit hervorheben. Da sowohl das Repräsentantenhaus als auch Senat und Weißes Haus in republikanischen Händen sind, ist es in diesem Jahr nicht möglich, den Demokraten „Blockadeversuche“ vorzuwerfen.

Wenn die Republikaner aber nicht vor den Wahlen zu einem Gesetzesbeschluss zur Einwanderungspolitik kommen, werden sie voraussichtlich die historische Chance verlieren, sich mit den Lorbeeren der Integration der illegalen Einwanderer zu schmücken. Dem Image der Partei Lincolns würde es jedenfalls langfristig wahlstrategisch gut tun, die dem *American Dream* folgenden Bürger zweiter Klasse aus ihrem Schattendasein zu befreien. Bei einem Wahlsieg der Demokraten werden sich diese sicher nicht die Chance nehmen lassen, die Sympathie von Millionen künftiger Staatsbürger zu gewinnen.

Inwiefern republikanische Kandidaten es jedoch auch in diesem Wahlkampf schaffen, die Version einer direkten Verbindung zwischen dem Irak-Krieg und der Terrorbekämpfung aufrecht zu erhalten beziehungsweise neu zu definieren und damit das Irak-Engagement der Bush-Regierung glaubhaft zu rechtfertigen, bleibt offen.